

Solidarity City Newsletter Nr. 5

THEMA: BILDUNG



LIEBE LESER*INNEN,

der uneingeschränkte Zugang zu Bildung ist eine der Voraussetzungen einer solidarischen Stadt. Bildung ist die Grundlage, dass Menschen sich ihrer eigenen Rechte bewusst werden, sich für ihre eigenen und die Rechte anderer einsetzen und ein selbstbestimmtes Leben führen können.

So haben wir uns diesmal mit diesem Thema befasst: Bildung als solidarisches System für alle Menschen in jedem Alter und in jeder Lebenslage, Bildung in ihren vielfältigen Formen und mit ihren fundamentalen Auswirkungen auf das gesellschaftliche Miteinander, Bildung als inklusive gleichheitsschaffende Ressource, Bildung zu Demokratie und Solidarität und vieles mehr.

Ein herzliches Dankeschön an die vielen Engagierten, die uns ihre wertvollen Beiträge zur Verfügung gestellt haben. Unseren Leser*innen viel Spaß beim Lesen, schöne Feiertage und vor allem bleibt gesund!

Bildung – eine kleine Bilderserie:

Lange haben wir überlegt, wie wir diesen Newsletter bebildern sollen. Wenn wir Bildung hören, denken wir an Schule, an Kinder und Jugendliche, an Klassenzimmer, Tafeln und Lehrer*innen. Auch in unserem Newsletter ist diese Art von Bildung, im Sinne von Schulbesuch, mehrfach vertreten. Doch Bildung kann so viel mehr bedeuten! Um ein paar Schappschüsse davon zu zeigen, wie Bildung das zwanzigste Jahrhundert über aussah, über alle Altersstufen hinweg und weltweit, haben wir Euch eine Serie historischer Schwarzweißaufnahmen zusammengestellt. (Diese Aufnahmen erkennt Ihr am **Sternchen** ★ in der Bildunterschrift)



Schulweg: Kinder in Ruovesi, Finnland, ca. 1913;
Foto: J. H. Aho ★

BILDUNG FÜR ALLE – EINE VISION MIT ZUKUNFT

Veit Cornelis

Die derzeitige gesellschaftliche Situation ist eine besondere Herausforderung. Insbesondere der Bildungssektor ist von der Pandemie hart getroffen worden – es zeigen sich Lücken und Probleme. Normalerweise ist es die Aufgabe der Zivilgesellschaft, diese Lücken vorübergehend zu füllen und Möglichkeiten direkt umzusetzen. Doch auch die Zivilgesellschaft selbst wurde zunächst überrascht: Das Coronavirus hatte den ehrenamtlichen Sprachunterricht von Bildung für alle e.V. (BFA) gestoppt. Von heute auf morgen konnte keine*r der 260 Teilnehmenden mehr begrüßt werden. Wie können wir unsere Teilnehmenden weiterhin unterrichten und den Kontakt halten? Hast du Zugang zum Internet? Hast du einen Laptop oder ein Smartphone? Hast du

ausreichend Datenvolumen? Einige der Fragen, die teilweise unlösbar vor dem Hintergrund sozialer Benachteiligung erscheinen.

Bildung für alle e.V. (BFA) bietet kostenfreie Deutschkurse für neuzugewanderte Menschen in Freiburg an und möchte damit insbesondere jene unterstützen, denen die Integration durch fehlende Zugänge zu Bildungsangeboten erschwert wird. Außerdem bietet BFA in weiteren Programmen ausbildungsbegleitende Maßnahmen, Freizeitaktivitäten, sowie eine Kinderbetreuung an, sodass insbesondere Frauen und Familien die Teilnahme an den Bildungsangeboten ermöglicht wird. Unsere Vision ist

eine Welt, die allen Menschen gesellschaftliche Teilhabe durch Bildung ermöglicht. Die Angebote werden von ehrenamtlichen Lernbegleiter*innen und Kinderbetreuer*innen durchgeführt. Nicht wenige der Teilnehmenden bei BFA finden keinen Platz in einem Integrationskurs des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Der Hintergrund hierfür ist die sogenannte „schlechte Bleibeperspektive“, die über Zugang zu diesen Kursen entscheidet. Auch spielt der Wohnort, Stadt- oder Landkreis, eine nicht zu vernachlässigende Rolle. Wer mutmaßlich kein Aufenthaltsrecht in Deutschland, beispielsweise über einen Schutzstatus als Flüchtling bekommt, hat auch keine unmittelbare Möglichkeit des Spracherwerbs. Aus unserer Sicht hat jeder Mensch das Recht auf Bildung und unsere Erfahrungen in der Integrationsarbeit zeigen, dass es sowohl für die aufnehmende Gesellschaft wie auch für die neuzugewanderten Menschen wichtig ist, sich von Beginn an zu verständigen – nicht zuletzt, um Vorurteilen aktiv und frühzeitig zu begegnen.

Ungleichheit unterm Brennglas

Die Gesetzgebung schließt weiterhin Menschen von Sprachkursangeboten, z.B. Integrationskursen, aus. Nur aus diesem Grund gibt es niederschwellige Angebote wie Bildung für alle e.V. (BFA). Durch die „Corona-Brille“ ist deutlich sichtbar geworden, dass Menschen nicht einfach nur ein Bildungsangebot, sondern darüber hinaus Unterstützung in sehr unterschiedlicher Art und Weise benötigen. Bildung für alle e.V. arbeitet im Teilbereich der Arbeitsmarktintegration bereits erfolgreich mit dem Konzept multiprofessioneller Teams bei der Unterstützung von neuzugewanderten Menschen: Neben einer Lernbegleitung steht eine Psychosozialbegleitung als fachkundige Ansprechperson für individuelle Belange zur Verfügung. Lernen gelingt nämlich nicht alleine durch ein gutes Schulbuch oder eine gut ausgebildete Fachperson. Im Sinne eines erweiterten Bildungsbegriffes gehört die persönliche Sicherheit, Zufriedenheit und Widerstandsfähigkeit zu jenen Grundvoraussetzungen, die das Lernen überhaupt erst möglich macht. Das Stichwort der Stunde ist hierbei: Resilienz. Gerade die Corona-Krise hat gezeigt, dass individuelle Lernhindernisse häufig nicht im Bildungsalltag berücksichtigt werden. Dabei ist es unabhängig, ob ein Mensch neu nach Deutschland zugewandert ist oder bereits sein Leben lang hier lebt. Bildungsbenachteiligung ist Alltag in unserer Gesellschaft. Wenn wir als Bildungsorganisation hierfür mit unseren Erfahrungen etwas beitragen können, um dieser strukturellen Herausforderung aktiv zu begegnen, haben wir alles richtig gemacht. Dass Bildungsbenachteiligung leider konkret neuzu-

gewanderte Menschen, und damit nicht selten Menschen aus sozialschwachen Milieus, alleinerziehende Menschen und vor allem Frauen betrifft, ist ein Fakt, dass wir nicht weiter vernachlässigen dürfen. Der Blick muss auf die Details im Bildungssektor gerichtet werden. Hierzu sprechen wir uns für einen Dialog zwischen Kultusministerien und Zivilgesellschaft, aber insbesondere auch den Betroffenen aus.

Wünsche aus der „Bildungslücke“

Es braucht jetzt eine gemeinsame strategische Ausrichtung aller Akteure, die sich mit Bildung beschäftigen. Leider müssen wir davon ausgehen, dass dieser „Krisen-Modus“ noch lange anhalten wird, da das Virus nicht einfach wieder verschwinden wird. Wir werden auch in den kommenden Monaten und vielleicht sogar Jahren auf lokale „Lockdowns“ reagieren müssen. Das bedeutet im Umkehrschluss: Alle müssen sich jetzt mit dem Thema der Bildungszugänge jenseits des „klassischen Bildungsangebotes“ auseinandersetzen. Es braucht die Inklusion vorhandener und positiv erprobter Konzepte aus der Zivilgesellschaft in das Regelsystem. Was wir uns jedoch am allermeisten wünschen: Wir dürfen bei allen Digitalisierungsstrategien, Homeschooling-Offensiven und Fernlernmethoden niemanden vergessen, der zuhause sitzt und mit all dem nichts anfangen kann. Egal aus welchen Gründen. Bildung für alle muss die Vision sein. Wir möchten die Potenziale, aber auch die Unterstützungsbedarfe aller Menschen sichtbar machen, da aus unserer Sicht jeder Mensch ein wichtiger Teil dieser, unserer gemeinsamen Gesellschaft ist. Wir wünschen uns, dass allen Menschen gesellschaftliche Teilhabe durch Bildung ermöglicht wird und gemeinsam mit Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft kluge, krisenresistente und zukunftsfähige Strategien entwickelt werden.

Veit Cornelis ist Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes bei Bildung für alle e.V. (BFA) und beschäftigt sich derzeit intensiv mit den Auswirkungen der Pandemie. Im Kompetenznetzwerk Chancengerechtigkeit, einem überregionalen Zusammenschluss von Bildungsinstitutionen, werden Lösungsstrategien diskutiert und umgesetzt. BFA ist Gründungsmitglied dieses Netzwerkes. Weiter Informationen unter www.bfa-freiburg.de / Email-Anfragen bitte an info@bfa-freiburg.de senden.

Gewerkschaftsbildung: Arbeiter bei einem Mittagspausenseminar des israelischen Gewerkschaftsverbands Histadrut, 1944; Foto: Zoltan Kluger; Nation Photo Collection of Israel ★



Ankündigung der nächsten Newsletters

In den nächsten Newslettern werden wir uns mit **Solidarity City** und **Care-Arbeit** befassen. Es gibt wenige gesellschaftliche Bereiche, in denen menschliche Solidarität so unmittelbar zum Ausdruck kommt wie in der Pflegearbeit. Aber der Einsatz von Pflegearbeiter*innen, viele davon Migrantinnen, wird nicht angemessen anerkannt und honoriert. Ein Grund mehr, warum wir uns intensiv in den nächsten Newslettern mit diesem Thema befassen möchten. Macht mit: Schickt Eure Ideen und Eure Beiträge!

DIE KAPRIOLE, EINE DEMOKRATISCHE INKLUSIVE SCHULE IN FREIBURG



Freie demokratische Schule Kapriole

Sind nicht alle Schulen in einem demokratischen Staat quasi automatisch demokratische Schulen? Was kennzeichnet eine demokratische Schule?

Die International Democratic Education Conference (IDEC) 2005 in Berlin hat diesbezüglich einen Definitionsversuch in Form einer Resolution unternommen: „Wir glauben, dass - wo immer es um Bildung geht - junge Menschen das Recht haben, individuell zu entscheiden, was, wie, wo, wann und mit wem sie lernen gleichberechtigt an Entscheidungen darüber beteiligt zu sein, wie ihre Organisation - insbesondere ihre Schulen geführt - werden, ob Regeln und Sanktionen nötig sind und gegebenenfalls welche“ (IDEC; <http://de.idec2005.org/>) Wirkt diese Forderung utopisch? Zu Unrecht: Sie ist seit Jahrzehnten gelebte Realität an vielen (zur Zeit ca. 200) Schulen weltweit, bekannt sind z.B. Summerhill oder die Sudbury Valley Schulen. Schulen in diese Sinne demokratisch zu gestalten ist kein Experiment mehr, sondern vielfach vorgelebte Schulpraxis. Ein Beispiel dafür ist die seit 1997 genehmigte Kapriole hier in Freiburg.

Die Kapriole ist eine von etwa 100 freien Alternativschulen in Deutschland und seit 1997 staatlich genehmigt. Mit rund 150 Schüler*innen ist sie eine der größeren unter den Schulen, die sich im Bundesverband der Freien Alternativschulen (BFAS) zusammengeschlossen haben. Neben den Aktivitäten im BFAS ist die Kapriole maßgeblich am Aufbau der European Democratic Education Community (EUDEC) beteiligt.

Eine schöne Schule für das Leben

Kinder und Jugendliche sollen die Schule als einen Ort erleben können, an dem sie sehr gerne sind und mit dem sie sich identifizieren können. Sie sollen sich in einer respektvollen, entspannten und anregenden Umgebung lebendig und natürlich entwickeln können: Eine Schule für das Leben.

Das Leben spielt sich im „Jetzt“ und nicht im „Morgen“ ab. Schüler und Schülerinnen sind keine zukünftigen Erwachsenen, die vorrangig lernen müssen, was sie später nötig haben könnten. Sie sind Menschen, die ein Recht haben auf eine erfüllte Kindheit und Jugendzeit. Die Schule nimmt darin einen breiten Raum ein. Menschen lernen genau jene Dinge besonders nachhaltig und effektiv, für die sie sich wirklich interessieren, die sie wirklich lernen wollen. Deshalb überlassen wir den Kindern und Jugendlichen die Entscheidung, welchen Lerngegenständen sie sich zuwenden. Wir sind überzeugt, dass dies der beste Weg ist. Die Kinder und Jugendlichen bestimmen über alle sie betreffenden Belange des Schullebens federführend mit und sind daher auch in der Lage, zu machen oder zu entwickeln, was sie wirklich wollen.

Die Schulversammlung ist das Forum, in dem über alles diskutiert und alles beschlossen werden kann, was für das Ge-

lingen des gemeinsamen Alltags relevant ist.

Sie ist als eine demokratische Institution ein Kernstück des Schulalltags und findet einmal wöchentlich statt. Alle am Schulalltag beteiligten Lehrer*innen und Schüler*innen können teilnehmen.

Die Versammlung wird von Schüler*innen geleitet und dient dazu, Organisatorisches zu besprechen, Interessenskonflikte zu diskutieren und zu lösen, Gäste vorzustellen, Ideen vorzutragen, Regeln zu erarbeiten, anzupassen und zu verabschieden und Neueinstellungen zu bestätigen.

Stimmberechtigt ist jede/r aus der Schulgemeinschaft (also Schüler*innen und Team) mit jeweils einer Stimme pro Person, unabhängig von Alter oder Erfahrung.

So entstehen die Freiräume und Grenzen, die sie benötigen, um selbstbestimmt, im eigenen Tempo und mit Neugierde ihre Lernwege miteinander zu entdecken und Demokratie zu leben. In der Kapriole können Eigenverantwortung, Teamfähigkeit, Lust am Lernen und Respekt vor der Um- und Mitwelt ausprobiert und entwickelt werden.

Wir möchten dazu beitragen, dass unsere Kinder und Jugendlichen zufriedene, selbstbewusste, mitfühlende Menschen sein können, die dem Druck, den Erwartungen und Ansprüchen unserer Gesellschaft gewachsen sind beziehungsweise diesem Druck etwas Eigenes entgegen zu setzen haben.

Es ist normal, verschieden zu sein!

Die Kapriole ist eine Schule für alle Kinder. Wir sehen die Vielfalt, also die Unterschiedlichkeit unserer Schüler*innen und Lehrer*innen, als Reichtum und Chance für die Lernprozesse von uns allen. Deshalb sind wir prinzipiell offen für jedes Kind, das an unsere Schule kommen möchte: egal, ob es uns Erwachsenen „ganz normal“, „besonders wild“ oder „kontaktscheu“ erscheint, Teilleistungsstärken oder -schwächen besitzt oder einen „sonderpädagogischen Förderbedarf“ hat.

Jedes Kind/jeder Jugendliche ist anders. Und jedes Kind/jeder Jugendliche lernt anders. Wir stellen die Wertschätzung von jedem/jeder Einzelnen und seiner/ihrer Form sowie Achtung vor der Einmaligkeit der Lernwege in den Mittelpunkt aller pädagogischen Aktivitäten.

Wir treffen unsere pädagogischen Entscheidungen mit jedem Kind/Jugendlichen anders, gestalten möglichst viele unserer Lernangebote offen für Schüler*innen auf unterschiedlichsten Lernstufen und Interessensgebieten und verzichten auf Noten, wodurch die Kinder nur selten Anlass finden, sich zu vergleichen. Schüler*innen mit „sonderpädagogischem Förderbedarf“ nehmen am gesamten Schulleben und allen Lernangeboten gleichberechtigt und zusammen mit ihren Mitschüler*innen teil. Es wird gemeinsam gespielt, gebacken, gewerkelt, Musik gemacht, es werden Geschichten geschrieben usw. ... Darüber hinaus er-

Hinweise zum Newsletter!

Den Solidarity-City-Newsletter gibt es nur online. Die Newsletter enthalten zahlreiche Links, die zu weiteren Informationen führen. Dabei handelt es sich um Weiterleitungen zu Presseveröffentlichungen, Radioberichten, Gruppen, Beratungstermine und Weiterem mehr. In diesem Newsletter sind die Links (Weiterleitungen) in der Regel **blau markiert**.

halten manche Kinder/Jugendlichen eine Assistenz/Eingliederungshilfe durch eine Heilpädagogin oder FSJ. Sie arbeiten eng mit dem Team zusammen.

Das Lehrer*innen-Team ist interdisziplinär zusammengesetzt (Regelschul-/Sonderschullehrer*innen, Sozial-/Theaterpädagog*innen, Arbeitserzieher*innen) und arbeitet eng zusammen. Darüber hinaus haben wir eine „Inklusionsfachkraft“ (Sonderpädagog*in) im Team, die Integrations- und Inklusionsfragen koordiniert.

Aus der Perspektive der Erfahrungen der Kapriole sind Haupthindernisse für Inklusion: Normierung und Fremdbestimmung. Wenn Schulen sich hiervon verabschieden und im Gegenteil konsequent auf individuelle Begleitung jedes einzelnen Kindes setzen und dazu die Regie über die Lernprozesse weitestgehend in die Hände der Schüler*innen geben, können inklusive Schulen gelingen. Es lohnt sich, diese Schulen genauer anzuschauen und in den Dialog darüber einzutreten, wie staatliche Schulen veraltete Strukturen überwinden und von den demokratischen Schulen profitieren können – zum Wohle aller an der Schule Beteiligten: der Kinder wie der Erwachsenen.

Kapriole - freie demokratische Schule

Oberrieder Straße 20, 79117 Freiburg

0761 7073674

www.kapriole-freiburg.de

kontakt@kapriole-freiburg.de



Zwei junge Erwachsene lernen Gebärdensprache am Tag der Inklusion im Mai 2018 auf dem Freiburger Platz der Synagoge; Foto: kwasibanane



Erwachsenenbildung:
Ein Tierarzt lehrt
Tier-Anatomie in der
australischen Stadt
Gawler, 1952;
Foto: unbekannt;
Gawler History ★

Einladung Schnuppertreffen

Habt Ihr Lust, mehr über die Initiative Solidarity City zu erfahren? Dann kommt zu unserem **Online-Kennenlern-Meeting** am **Dienstag, den 12. Januar 2020 um 20.00 Uhr**. Wir möchten Euch und Eure zivilgesellschaftlich engagierten Gruppen kennenlernen, uns mit Euch über die Idee einer *Solidarischen Stadt* austauschen und gemeinsame Forderungen erarbeiten, die Freiburg als Solidarity City auf den Weg bringen können.

Wenn wir Euer Interesse geweckt haben, schreibt uns eine Mail an die Adresse freiburg@solidarity-city.eu. Wir senden euch kurz vor Beginn der Video-konferenz einen Link, mit dem Ihr teilnehmen könnt. Wir freuen uns auf Euch!

SCHULSOZIALARBEIT UND GEFLÜCHTETE KINDER UND JUGENDLICHE

Anonym, der Name ist der Redaktion bekannt.

In Baden-Württemberg beginnt die Schulpflicht sechs Monate nach dem Zuzug, unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Das Recht zum Besuch einer Schule besteht dagegen von Anfang an. In Freiburg werden die Kinder und Jugendlichen in speziellen internationalen Vorbereitungsklassen (IVK) unterrichtet. Im Grundschulbereich manchmal auch integrativ in bestehende Klassen mit speziellen Förderstunden. Im Berufsschulbereich gibt es die VABO Klassen (Vorqualifizierungsjahr Arbeit/Beruf ohne Deutschkenntnisse). In den IVK sind auch Kinder von Arbeitsmigrant*innen (v.a. aus Osteuropa) und Kinder binationaler Ehen. Ziel ist es, nach einem Jahr „Deutschlernen“ in Regelklassen integriert zu werden.

Es ergibt sich eine völlig inhomogene Zusammensetzung der Klassen: Vom Analphabeten bis zum Kind von Wissenschaftler*innen mit gutem Bildungshintergrund, d.h. die Kinder müssen individuell gefördert werden.

Geflüchtete Kinder sind sowohl durch Fluchtursachen als auch durch Fluchterfahrungen besonders belastet. Etliche Kinder und Jugendliche sind traumatisiert. Ihr Verhalten ist häufig auffällig (besonders aggressiv oder aber auch in sich zurück gezogen durch nicht verarbeitete Gewalterlebnisse und verloren gegangenes Vertrauen in Erwachsene).

Die Lebensumstände in Deutschland sind nicht kindgemäß durch die Unterbringung in engen Unterkünften: Keine Möglichkeit für Rückzug, kein Platz für Hausaufgaben, Schlafmangel durch laute Umgebung auch nachts etc. Auf die emotionalen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen wird keine Rücksicht genommen.

Schulsozialarbeit ist Teil der Jugendhilfe, sie kommt „von außen“ in die Schule. Sie kooperiert mit Schulleitung und Lehrpersonal, im Mittelpunkt steht das Kind und das Kindeswohl.

Bei geflüchteten Kindern bedeutet das:

- „Da sein“, enge Begleitung besonders in der ersten Zeit
- Lebenspraktische Unterstützung wie Stunden- und Vertretungsplan lesen, Regeln erklären (z.B. Pünktlichkeit etc.), Regio-karte erklären etc.
- Kontakte zu Sozialdiensten, Eltern, Vormund, Verwandtschaft

- Dolmetschende für Gespräche organisieren
- Lernbegleitungen, Hausaufgabenhilfe, Nachhilfe organisieren
- Sprachunabhängige Angebote (Kick for boys-girls, Kochen, Theater, Kunst, Mädchengruppe...)
- Angebote in Klassen (Gesundheitsförderung, Soziales Lernen)
- Umgang mit Verhaltensauffälligkeiten aller Art, Streitschlichtungen
- Elterngespräche, Elterncafés
- Zeit lassen, kulturelle Unterschiede berücksichtigen (Schwimmen...)
- Bereicherung für die Schule und gegenseitiges Lernen!
- Eigene Haltung: Gegenseitigen Respekt zeigen und fördern, insbesondere durch Würdigung der schwierigen Lebensgeschichten von geflüchteten Kindern und Jugendlichen.

Der Übergang in Regelklassen bedeutet auch, das Bildungssystem mit seinen verschiedenen Schulformen zu erklären. Der/Die Klassenlehrer*in entscheidet, wo das Kind bzw. der Jugendliche weiter beschult wird. Auffällig ist immer wieder, dass der Spracherwerb in einem Schuljahr meist nicht ausreichend ist, um – v.a. im Sekundarbereich – den sprachlichen Anforderungen in den verschiedenen Fächern gerecht zu werden. Zusätzliche sprachliche Förderungen sind dann allerdings nicht mehr vorgesehen.

Insgesamt ist zu beobachten, dass es für geflüchtete Kinder und Jugendliche erhebliche Hinderungsgründe gibt, eine erfolgreiche Schulbildung zu durchlaufen: Die bereits angesprochene nicht förderliche jahrelange Unterbringung, aber auch die Ungewissheit eines langfristigen Aufenthaltes und den damit verbundenen Ängsten, der Unmöglichkeit für Familien, Kinder und Jugendliche, Lebensentwürfe zu entwickeln, behindern die Motivation zum Lernen.

Andererseits ist immer wieder eine erstaunliche Resilienz bei eigentlich schwer belasteten Kindern und Jugendlichen zu beobachten. Unglaublich, dass z.B. ein Jugendlicher, der mit 12 Jahren alleine einen furchtbaren Fluchtweg hinter sich hatte, es zum Klassenbesten und zum Schulsprecher gebracht hat!

MENSCHEN MIT FLUCHTHINTERGRUND WERDEN IN AUSBILDUNGSBERUFEN GEBRAUCHT – DOCH DIE BÜROKRATISCHEN HÜRDEN SIND HOCH

Ein Interview von Solidarity City mit Inge Tritz, Abteilungsleiterin Integration/Migration/Mobilität im Geschäftsbereich Berufliche Bildung der Handwerkskammer Freiburg

Sicherlich hatte 2015 einen großen Einfluss auf Ihren Arbeitsbereich: Wie hat sich die Situation bei Ausbildungsplätzen für Geflüchtete in den letzten Jahren verändert?

Für das Handwerk spielen geflüchtete Menschen eine wichtige Rolle. Der Lehrlingsmangel zeigt sich in allen Bereichen, vor allem in den Lebensmittelberufen und in den Berufen um Elektro, Metall und KFZ. Es braucht außerdem Anlagenmechaniker*innen im Bereich Sanitär/Heizung/Klima und es besteht Bedarf an Azubis in den Bauberufen. Die Zahlen von Geflüchteten in Berufsausbildung im Raum Freiburg sind seit 2015 massiv gestiegen: 2015 gab es erst fünf Auszubildende mit Fluchthintergrund, 2016 schon rund dreißig, 2017 waren es achtzig, 2018 um die 230 und 2019 um die 250. 2020 sind es bislang etwa 220.

Gibt es bestimmte Bereiche, in denen besonders viele Geflüchtete beschäftigt sind? Warum meinen Sie ist das so?

Azubis mit Fluchthintergrund arbeiten vor allem in den oben genannten Berufen. Hier ist der Lehrlingsmangel besonders hoch. Angesichts der geringen Bewerberzahlen steigt die Bereitschaft der Betriebe Azubis einzustellen, bei denen andere Herausforderungen auf sie zukommen. Das gilt auch für Azubis mit Fluchthintergrund.

Wie sieht es aus aktuell mit einer Bleibereichtsperspektive durch und mittels Ausbildungs- oder Arbeitsplatz?

Sehr gute Bleibereichtsperspektiven gibt es für ausgebildeten Gesellen. Für viele Azubis mit Fluchthintergrund ist es allerdings sehr schwierig die Gesellenprüfungen zu bestehen. Probleme stellen hier vor allem die Herausforderungen der Berufsschule dar: Die Fachtheorie ist sehr anspruchsvoll und schriftlastig. Die Fachpraxis hingegen ist einfacher und durch gute Anleitung wird vieles erreicht. Häufig bringen Azubis auch eine hohe Motivation und Arbeitsbereitschaft mit.

Neben den schulischen Schwierigkeiten entstehen weitere Belastungen der Geflüchteten häufig durch ihre Wohnsituation, durch Intransparenz der Abläufe zum Aufenthaltstitel, durch hohe bürokratische Hürden, der Angst vor Abschiebung und so weiter.

Allgemein kann man sagen: Ohne Ausbildung ist die Beschäftigungsduldung mit hohen Auflagen verbunden und mit hoher rechtlicher Unsicherheit verbunden.

Immer wieder gibt es Berichte von politischen Institutionen, die eine Festanstellung oder eine Platzvergabe an eine*n Geflüchtete*n verhindern. Gab es solche oder andere Eingriffe durch die Landesregierung oder andere Institutionen ins Ausbildungs- und Anstellungsverfahren?

Ein Verhindern findet nicht direkt statt, eher indirekt: Anstellungen scheitern durchaus an einer Intransparenz der Abläufe. Ohne Begleitung durch Haupt- und Ehrenamt ist dieser „Dschungel“ für eine*n Geflüchtete*n kaum zu bewältigen.

Wie ist die Situation in Freiburg im Vergleich zu anderen Städten in BaWü? Oder wie ist die Situation in BaWü im Vergleich zu anderen Bundesländern?

Da gibt es meinem Erachten nach keine großen Unterschiede. Ein großer Unterschied liegt allerdings im Verhältnis Stadt-Land. Alleine schon was die Mobilität betrifft: Für Menschen in ländlichen Landkreisen mit schlechtem ÖPNV ist es viel schwieriger, Orte wie Ämter, Sprachkurse oder Arbeitsstellen zu erreichen.

Wenn Sie sich eine konkrete Verbesserung im Bereich Integration und Ausbildung von Geflüchteten wünschen könnten, welche wäre das?

Es braucht mehr Transparenz in den Verwaltungsabläufen, vor allem was den ausländerrechtlichen Teil betrifft. Infomaterial in leichter Sprache würde ebenfalls vieles verbessern, das gilt auch für Schulstoff und Prüfungsaufgaben. Und gesamtgesellschaftlich wünsche ich mir ein Mehr an Willkommenskultur!

Gesundheitsbildung: Krankenpfleger*innen in Papua-Neuguinea lernen Refraktion; Foto: John Farmer ★



Spendenaufuf – Spendenkonto Solidarity City

Für die weiteren Vorhaben der Initiative Solidarity City Freiburg brauchen wir finanzielle Unterstützung. Zwei weitere Newsletter stehen an, im März 2021 möchten wir den Newsletter zum Thema Care in Papierform herausbringen. Weiterhin hoffen wir, dass wir 2021 die 2. Solidarity City Konferenz in Freiburg durchführen können.

Solidarity City Freiburg - Volksbank Breisgau Nord e.G.
IBAN: DE75 6809 2000 0000 3615 26

BIC: GENODE61EMM •

Stichwort: Solidarity City Freiburg

KLIMASCHUTZ IN DER SCHULE

EINE KLIMAAKTIVISTIN, EIN LEHRAMTSSTUDENT UND EIN SCHULLEITER KOMMEN ZU WORT

Fridays for Future

Unterschiedlichen Menschen haben sich über das Thema der Klimakrise, Fridays For Future und den schulischen Umgang unterhalten. Gesprochen haben wir mit dem Schulleiter des Kreisgymnasiums Neuenburg, Rainer Kügele, der ehemalige Schülerin und Fridays-for-Future-Aktivistin Sarah-Lea und dem auf Lehramt Geographie studierenden Gereon.

Über ihre Erfahrungen in der Schule äußert sich Sarah-Lea: „Gespräche, u.a. mit meinem ehemaligen Schulleiter und die Behandlung der Klimakrise im Unterricht, waren der Grund, weshalb ich mich bei Fridays For Future engagiert habe. Nicht zu vergessen: Die große Unterstützung von Seiten meiner Familie hat mir mein Engagement überhaupt erst ermöglicht. Auch meine Lehrer*innen waren jederzeit bereit für einen Dialog und Kompromissfindungen, wenn mal wieder ein Streik anstand oder sonstige Termine, wegen denen ich nicht am Unterricht teilnehmen konnte. Auch zur Gesamtlehrerkonferenz durfte ich, um für das Thema zu werben und mit den Lehrer*innen in den Dialog zu gehen. Das ist aber nicht an jeder Schule so optimal! Ich habe auch mitbekommen, dass es an anderen Schulen ganz anders gelaufen ist. Dort gab es oftmals Schulverweise oder Sanktionen und ein Dialog zwischen den Betroffenen war nicht immer möglich. Das ist sehr schade, denn die Klimakrise können wir nur gemeinsam meistern. Daher bin ich

sehr dankbar für die Unterstützung von Seiten meiner alten Schule.“

Auch Rainer Kügele antwortet auf die Frage, wie unterschiedliche Parteien, z.B. Lehrer*innen aus seinem Kollegium z.B. auf die Fridays-for-Future-Bewegung reagiert haben, ähnlich: „Natürlich gibt es unterschiedliche Reaktionen, die einen stehen dahinter und machen den Aktivist*innen Mut - andere nicht. Der Austausch miteinander war aber durchgängig sehr gut, mit guten Absprachen und Kompromissen. Und als unsere Schüler*innen ihre eigene Demonstration organisiert hatten - auch noch außerhalb der Unterrichtszeit - waren viele Lehrer*innen stolz auf diese Leistung.“

Auch Geographiestudent Gereon kann sich nicht vorstellen, dass Lehrer*innen sich durch das persönliche Engagement von Schüler*innen in diesem Themengebiet angegriffen fühlen könnten oder dem entgegenwirken wollen würden: „Für mich ist es schön zu sehen, wenn ein persönliches Interesse der Schüler*innen angesprochen werden kann“, sagt er. „Da kann ich jetzt nur aus meiner Perspektive reden. Aber ich kann mir nicht vorstellen, dass ein Lehrer, eine Lehrerin sich durch das persönliche Engagement von Schüler*innen in diesem Themengebiet angegriffen fühlen könnte oder dem entgegenwirken möchte. Für mich ist es schön zu sehen, wenn ein persönliches

Interesse der Schüler*innen angesprochen werden kann“, führt er weiter aus.

Sowohl Rainer Kügele als auch Gereon sind sich damit einig, dass das Thema Klimakrise in der Schule ausreichend behandelt wird.

Laut Rainer Kügele habe jede/r Schüler*in viele Möglichkeiten, das Thema mit all seinen verschiedenen Facetten zu verstehen und zu begreifen, dass es ein sehr wichtiges aktuelles Aktionsfeld für die Gesellschaft ist. Ob mehr Behandlung sinnvoll wäre, ist seiner Meinung nach schwer zu beantworten: „Ein/e Abiturient/in, der/die politisch gebildet von der Schule geht, wird sehr wahrscheinlich ihren Teil zur Reduzierung von Treibhausgasen beitragen, solange sie/er sich als Teil einer sich wandelnden Gesellschaft begreift. Wir haben aber das Ziel, dass unsere Schüler*innen nicht nur mitmachen, sondern die Fähigkeiten haben, auch zum Motor gesellschaftlichen Wandels zu werden. Dass sie, immer dann, wenn es die gesellschaftlichen Zustände erfordern, in der Lage sind, sich auf einem Marktplatz auf eine Kiste zu stellen und zu sagen, was falsch läuft.“

Gereon sieht jedoch noch ein Defizit im Bildungsplan: „Schade ist allerdings, dass in der Oberstufe, wo das Thema unter der Überschrift ‚Globale Herausforderungen‘ firmiert, im Bildungsplan nicht als solche besprochen wird. Hier ist die Lehrperson selbst gefragt, auch den globalen politischen Diskurs mit zum Thema zu machen. Denn so schön lokale, eigene Handlungsansätze auch klingen, so befriedigend persönliches Engagement im Klimaschutz auch ist: Effektiver Klimaschutz kann eben nur auf globaler Ebene gelingen.“

Abschließend wurde die Frage gestellt, wo Probleme gesehen werden bzw. wo man gerne etwas ändern würde.

„Ich sehe tatsächlich nicht wirklich große Defizite, da wir die Klimakrise auf unterschiedlichste Art und Weise behandelt haben. Sei es in Geographie, Gemeinschaftskunde oder im Religionsunterricht. Auch in Fächern wie in Kunst konnte man das Thema z.B. in Projekte einbinden. Das war dann natürlich eher Eigeninitiative, aber trotzdem spricht

*Zukunft im Schulranzen: Die Bewegung Fridays For Future begann mit einem Schulstreik;
Foto: pixabay*



man dann auch wieder darüber und behandelt es so wieder als gesamte Gruppe und jede/r Schüler*in, die vorbeiläuft, wenn es ausgehängt wurde, beschäftigt sich auch wieder damit. Es gab auch viele coole Aktionen, sei es Ausstellungen zum Regenwald, Gespräche mit den Omas Gegen Rechts oder unsere damals schulinterne Fridays-for-Future- Ortsgruppe.

Ich glaube unsere Schule ist da schon ziemlich politisch bzw. wir haben alle gelernt, über unseren Tellerrand hinauszuschauen - manche mehr, manche weniger. Eine Sache, die ich mir jedoch nicht erklären kann, ist, dass wir in der Kursstufe nur jeweils zwei Halbjahre Gemeinschaftskunde und Geographie hatten. Das ist meiner Meinung nach totaler Unsinn, da die beiden Themenfelder gerade in der Oberstufe für uns Schüler*innen mehr Bedeutung bekommen, da wir mehr verstehen als in der Unter-/ Mittelstufe. Hier müsste der Bildungsplan nochmal klar überdacht werden.

Ein kleineres Problem, was ich gerade bei Corona stark bemerkt habe, ist, dass es trotz vielseitiger Angebote von Seiten der Schule, doch noch sehr viele Eltern-taxis gibt. Und eine weitere Überlegung wären vielleicht überprüfbare Nachhaltigkeitsziele für Schulen - für alle. Z.B., dass alle Schulen recyceltes Papier verwenden, Müll konsequent trennen, in

der Cafeteria keine PET-flaschen mehr haben, nur noch regionale und saisonale (Bio-) Lebensmittel.....", ist die Antwort von Sarah-Lea.

Auch Rainer Kügele meint: „Es gibt große und kleine Dinge, die man noch ändern muss. Große Dinge, die ich gerne ändern würde, beziehen sich nicht nur auf das Thema „Klimakrise“, die man hier auch kaum von den anderen Nachhaltigkeitsdimensionen trennen kann: Wir brauchen nicht nur (junge) Menschen, die Dinge lernen, was und wie sie sind, sondern auch Menschen, die die Fähigkeit haben, sie zu gestalten. Dazu braucht es mehr politisches Denken, mehr Mut und Zutrauen. Mehr Zutrauen haben zum Beispiel unsere FFF-Aktivist*innen gewonnen, da sie mit und an ihren Projekten gewachsen sind und etwas erreicht haben. Und das brauchen wir auch in der Schule: Projekte, an denen Schüler*innen wachsen, weil sie lernen, wie man tatsächlich etwas schafft, organisiert oder erreicht. Wie man sich in Themen einarbeitet und eine verantwortliche Perspektive verschafft.“

Auch Gereon sieht im Umfang des Themas der Klimakrise und dessen Bedeutung im Bildungsplan kein Defizit und findet der Bildungsplan wird „der Größe

der Problematik gerecht, vergisst aber nicht, dass Geographie auch andere Themen zu bieten hat. Was man als Lehrer selbst daraus macht, sei mal dahingestellt.“ Er hat jedoch auch dieselbe Kritik wie Sarah-Lea zuvor oben: „Ein größerer Kritikpunkt ist für mich allerdings die Zeit, die ich als Geographielehrer habe, um all diese Themen adäquat zu behandeln. Mit der Einführung des Faches ‚Wirtschaft‘ als Pflichtfach im Schuljahr 2016/17 in Baden-Württemberg, kam es zu einer Streichung der Hälfte der Geographiestunden in der Sekundarstufe 1. Diese Kürzung, ich möchte das ausdrücklich nicht dem Fach ‚Wirtschaft‘ anlasten, dessen Einführung ich begrüße, halte ich für das größte Problem, dem sich Geographielehrerinnen und -lehrer gegenübergestellt sehen. Die Inhalte in einem verkürzten Zeitrahmen zu unterrichten, erachte ich den Lehrinhalten (und somit auch dem Wissen über den Klimawandel) gegenüber als abträglich.“

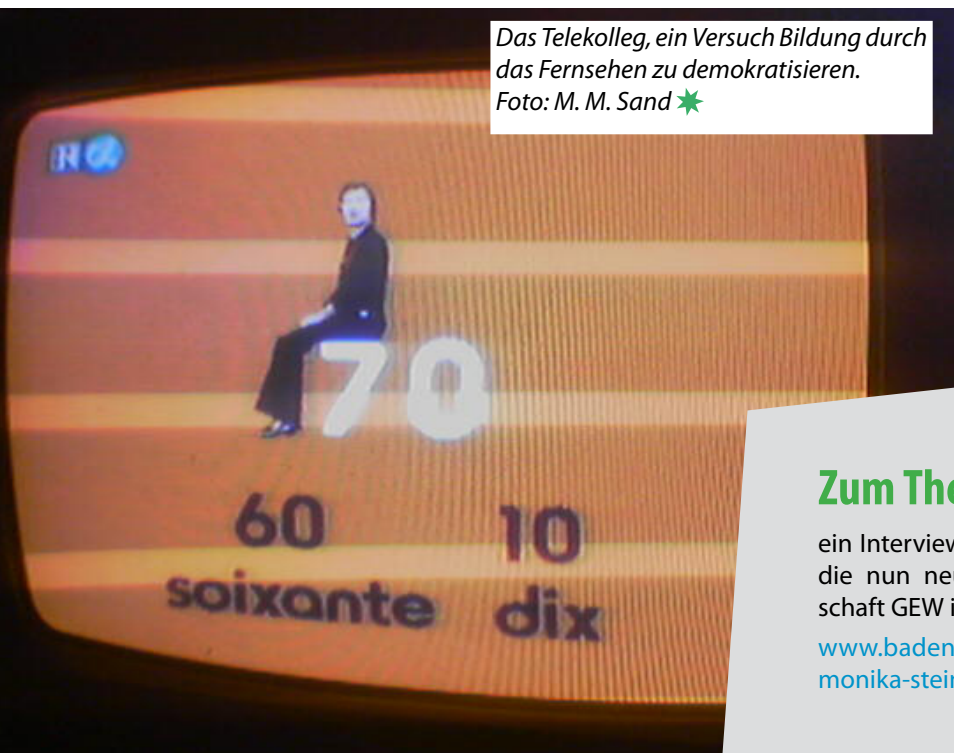
Das Thema Klimaschutz und die Fridays-for-Future-Bewegung sind in der Schule nicht mehr wegzudenken.

Fridays For Future Freiburg im Internet:

www.freiburgforfuture.de

Das Telekolleg, ein Versuch Bildung durch das Fernsehen zu demokratisieren.

Foto: M. M. Sand ★



Zum Thema Bildungsgleichheit

ein Interview mit der Freiburger Stadträtin Monika Stein, die nun neue Landesvorsitzende der Bildungsgewerkschaft GEW ist.

www.baden-tv-sued.com/neue-gew-landesvorsitzende-monika-stein-will-mehr-bildungsgleichheit

EINE AUSBILDUNG WAR FÜR MICH DAS WICHTIGSTE!

Ein Interview mit einem Geflüchteten aus Gambia, der seinen Namen aufgrund seiner Erfahrungen in Italien und Deutschland nicht nennen möchte.

Wann hast du Gambia verlassen?

Ich habe im Jahr 2011 Gambia verlassen und bin noch im gleichen Jahr in Italien angekommen. Dort habe ich bis 2015 gelebt.

Was waren die Erfahrungen der ersten 5 Jahren auf der Flucht?

Die schlimmste Erfahrung für mich, war das Übersetzen mit dem Boot vom afrikanischen Kontinent nach Italien. Das werde ich nicht vergessen. Dann wurde ich in Sizilien nur mit ‚Nigro‘ bezeichnet. Das ist verletzend! Weiterhin habe ich bei der Arbeit in Italien immer nur einen Bruchteil des Lohnes bekommen, wie weiße Menschen. Mit diesen Ungerechtigkeiten musste ich leben.

Wurdest du als Geflüchteter in Italien anerkannt?

Ja, ich habe eine Anerkennung in Italien bekommen. Trotzdem habe ich 2015 Italien verlassen. Ich hatte in Italien mit so vielen Schwierigkeiten zu kämpfen. Bin persönlich nicht vorwärts gekommen und wurde immer wieder rassistisch beschimpft.

2015 bist du nach Deutschland gekommen. Wie hast du das Ankommen erlebt?

Ich habe in Deutschland erneut einen Asylantrag gestellt. Dann kam ich an einen abgelegenen Ort im Schwarzwald. Ich war 21 Jahre alt. Ich wollte die Sprache lernen. Der zuständige Sozialarbeiter meinte nur, du brauchst die Sprache nicht lernen, da ich so oder so wieder zurück nach Gambia müsse. Zum Glück habe ich die Deutschkurse im rasthaus gefunden. Dort habe ich viel gelernt. Ich habe in Gambia keine Schule besucht. Ich habe Gambia als Analphabet verlassen.

Wie ging es weiter?

Zum Glück hat mir jemand geholfen, beim Vatter-Bildungszentrum einen Sprachkurs zu beginnen. Das war meine Chance, einen Umverteilungsantrag in die Nähe von Freiburg zu beantragen. Ich konnte im Bildungszentrum den A1-Deutschkurs, A2 und direkt danach B1-Kurs mit Abschluss absolvieren. Mir war klar, ohne Sprache habe ich so gut wie keine Möglichkeit eine Arbeit zu finden.

Und das Asylverfahren, wie lief es damit?

Mein Asylantrag wurde abgelehnt. Ich bekam eine Duldung. Das war Anfang 2018. Aber ich wollte unbedingt eine Ausbildung beginnen. Dazu musste ich allerlei Papiere aus Gambia besorgen. Das war für mich nicht leicht. Die Abschiebung wurde mir angedroht. Ich wollte schon nach Italien zurückkehren. Aber dann hat es doch noch geklappt.

Wie hast du die Ausbildungsstelle gefunden?

Den Ausbildungsplatz habe ich durch eine Freundin, die beim Projektverbund Bleiberecht gearbeitet hat, gefunden. Ich habe mich beworben, ein Praktikum gemacht und den Ausbildungsvertrag bekommen. Auch die Industrie und Handelskammer hat zugestimmt. Zuvor hatte ich eine Einstiegsqualifizierung bei Badenova gemacht. Es gab jedoch zu viele Bewerber*innen. Dort wurde ich nicht übernommen.

Wie ging es dann weiter?

Die Ausbildung war und ist eine Herausforderung für mich. In der Berufsschule musste ich Fachbegriffe verstehen, mich in verschiedenen Sparten weiterbilden. Deshalb musste ich neben meiner Ausbildung und Berufsschule weiterhin die deutsche Sprache verbessern. Ich besuche am Abend weiterhin Deutschkurse und bekomme ebenfalls abends Nachhilfe in den Hauptfächern, die ich bei der Berufsschule habe. Dann lerne ich noch alleine. Weiterhin musste ich noch den Führerschein machen, da ohne Führerschein die Ausbildung kaum möglich ist.

Welche Erfahrungen hast du während deiner Ausbildung gemacht?

Ich bin Auszubildender, noch kein Facharbeiter. Ich lasse mir gerne viele Dinge erklären. Aber leider muss ich auch hier, nicht so intensiv wie in Italien, die Erfahrung machen, dass meine Hautfarbe von Mitarbeitenden immer wieder zum Anlass genommen wird, mich rassistisch zu beleidigen. Mehr möchte dazu nicht sagen.

Wann bist du mit der Ausbildung fertig?

Im Mai 2021 habe ich meine Abschluss-Prüfungen. Ich hoffe, ich bin erfolgreich und werde bestehen und der Betrieb übernimmt mich. Ich habe mich in den gesamten Betriebsablauf eingearbeitet und erledige selbstständig Aufgaben, die andere nicht machen können. Ich denke, wenn ich als ausgebildeter Facharbeiter arbeiten kann, bekomme ich auch mehr Respekt.

Was müsste für geflüchtete Menschen, die eine Ausbildung beginnen wollen, verbessert werden?

Da optimale Sprachkenntnisse der Schlüssel für den Erfolg sind, sollten spartenbezogene Intensivkurse in deutscher Sprache angeboten werden. Die Sprache ist die wichtigste Grundlage, sie eröffnet weitere Möglichkeiten.

Was war in den fünf Jahren in Deutschland das Wichtigste für dich?

Die Möglichkeit, eine Ausbildung machen zu können, war für mich sehr wichtig. Trotz aller Schwierigkeiten. Die Ausbildung

Berufsausbildung: Junge Konditoren in einer „Banketbakkers-school“ (Konditorenschule) in Amsterdam 1947;
Foto: Ben van Meerendonk; AHF, collectie IISG, Amsterdam ★



ist für mich auch eine persönliche Bestätigung. Sie eröffnet für mich weitere Bildungsmöglichkeiten. Ich habe bereits auch Ideen, wie ich Menschen in Gambia in Sachen Bildung unterstützen möchte.

Dann würdest du die „Ausbildungsduldung“ als eine gute Sache bezeichnen?

Ja. Obwohl man ständig unter Druck steht. Denn ein Versagen in der Ausbildung, kann auch eine Abschiebung bedeuten. Die Ausbildungsduldung ist ein Schritt in die richtige Richtung. Einige Verbesserungsmöglichkeiten habe ich bereits genannt!

Was wünschst du dir für die Zukunft?

Zehn Jahre, nachdem ich Gambia verlassen habe, habe ich ein großes persönliche Ziel erreicht. Ich kann ab dem Mai 2021 als Facharbeiter arbeiten und mir hier meine Zukunft aufbauen. Weiterhin wünsche ich mir, dass der Mensch als Mensch gesehen wird, unabhängig von seiner Hautfarbe, respektiert wird und gleiche Rechte hat.

BILDUNGSARBEIT DER INITIATIVE SCHLÜSSELMENSCH

Initiative Schlüsselmensch e.V.

Wir, die Initiative Schlüsselmensch e.V., wollen geflüchteten Kindern und Jugendlichen ein würdiges und gleichberechtigtes Leben in unserer Gesellschaft ermöglichen. Selbstverständlich spielt Bildung hierfür eine Schlüsselrolle, denn durch Bildung werden wir nicht nur zu selbstbewussten und eigenständig denkenden Menschen, sondern sie ermöglicht auch mehr Partizipation in der Gesellschaft. Durch Bildung gewinnen vor allem junge Menschen ein Gut, dass ihnen nicht mehr weggenommen werden kann und ihr Denken, Handeln und Wissen langfristig prägt.

Leider sind geflüchtete Kinder jedoch oft weit entfernt von dieser Partizipationsmöglichkeit in unserer Gesellschaft. Gründe hierfür liegen unter anderen in räumlichen, sozialen und finanziellen Trennungslinien als auch in sprachlichen Barrieren und vor allem in fehlenden Unterstützungsmöglichkeiten.

Wir haben uns zur Aufgabe gemacht, diese Trennungslinien und Barrieren gemeinsam mit Geflüchteten auf Augenhöhe zu überwinden und der fehlenden sozialen und staatlichen Unterstützung wenigstens teilweise entgegen zu wirken.

Ein wichtiges Instrument hierfür bilden unsere Patenschaften, in denen Kinder auch außerhalb von ihren Familien eine*n zentrale*n Ansprechpartner*in haben. Ziel dieser Patenschaften ist zum einen beim Deutsch Lernen und bei schulischen Belangen zu unterstützen. Zum anderen ist es für uns wichtig, den Kindern eine schöne Auszeit zu ermöglichen und mit ihnen außerhalb ihrer gewohnten Umgebung etwas zu unternehmen. Durch die Patenschaften kann den Kindern nicht nur ermöglicht werden Museen und Kinos zu besuchen, sondern auch neue Orte kennenzulernen und Aktivitäten auszuprobieren. Auch in diesem Aspekt der Patenschaft findet sich ein wichtiger Punkt in Bezug auf Bildung, denn diese besteht auch immer darin Neues zu erleben und Horizonte zu erweitern.

Um dem ersten Fokus unseres Patenschafts-Programms noch mehr Rahmen zu bieten, haben wir zusätzliche Arbeitsgruppen gebildet. Zum Beispiel haben sich seit 2016 Hausaufgabenpatenschaften etabliert, in denen vor allem die Punkte des Lernens und der Bildung im Vordergrund stehen. Um diese wichtigen As-

pekte auch ungezwungen und unabhängiger von schulischen Leistungen anzugehen, gibt es außerdem das „Lesekarussell“. Dieser Arbeitskreis hat sich zum Ziel gesetzt geflüchteten Kindern die Freude am Lesen zu vermitteln und ihnen zu ermöglichen in fremde, neue Welten abzutauchen. Dadurch können die Kinder spielerisch nicht nur ihre Sprachkompetenzen verbessern, sondern lernen auch vieles Neues was sich in den Büchern versteckt. Zu guter Letzt lernen die jungen Menschen dadurch auch sich selber besser auszudrücken und ein Sprachrohr für ihre Bedürfnisse und Ungerechtigkeiten zu entwickeln.

Auch im sportlichen Bereich leisten wir eine Bildungsarbeit. Bei dem von uns angebotenen Fußballtraining, schwingt der Bildungsaspekt ähnlich wie bei den Patenschaften immer mit: Zusammen Spaß haben, sich ausprobieren und einen Teamgeist entwickeln. Außerdem bieten wir noch in Kooperation mit dem DLRG wöchentlichen Schwimmunterricht an, um den Kindern auch diese gesellschaftliche Partizipation zu ermöglichen.

Wir hoffen, und sind zuversichtlich, Mädchen und Jungen durch unsere Arbeit Bildung ein Stück näher zu bringen und einen Unterschied in ihren Leben zu bewirken - durch z.B. einen höheren Schulabschluss oder das Entdecken und vor allem auch Ermöglichen von einem besonderen Talent. Für uns besteht Bildung aus mehr als nur Wissen und ein Gegenüberreten auf Augenhöhe ist uns in unserer gesamten Arbeit wichtig. Daher ist es uns wichtig zu betonen, dass unser Bildungsaspekt nicht nur ausschließlich für die Seite der Geflüchteten gilt, sondern auch für uns, denn durch das Zusammensein und Kennenlernen neuer Kulturen und Erfahrungen erweitern auch wir unseren Horizont. Mit jedem Treffen lernen wir dazu und freuen uns das im Rahmen von bildungspolitischer Arbeit auch nach Draußen tragen zu können.

Initiative|SCHLÜSSELMENSCH e.V

Belfortstraße 24, 79098 Freiburg

www.initiative-schluesselmensch.org

mitmachen@initiative-schluesselmensch.org

Hinweis auf reguläre Treffen

Die Initiative Solidarity City trifft sich **jeden zweiten Dienstag um 19 Uhr** (immer in den ungeraden Kalenderwochen) – zurzeit natürlich nur online. Du würdest auch gern einmal hinzu stoßen? Schreib uns eine E-Mail an freiburg@solidarity-city.eu. Wir senden Dir kurz vor Beginn der Video-Konferenz einen Link, mit dem Du teilnehmen kannst.

BILDUNGSGERECHTIGKEIT IM STADTTEIL FREIBURG-WEINGARTEN

Johannes Schubert, Rektor des Adolf-Reichwein-Bildungshauses, im Interview mit Solidarity City

Die Adolf-Reichwein-Schule (ARS) im Freiburger Stadtteil Weingarten ist eine besondere Schule. Kannst du sie kurz beschreiben?

Das Adolf-Reichwein-Bildungshaus, wie es ganz richtig heißt, ist ein Schulverbund von Grundschule und Sonderpädagogischem Bildungs- und Beratungszentrum (SBBZ) mit Kindergarten im Schulhaus. Die Schule bemüht sich besonders um Kinder, die nicht so leicht Zugang zum Bildungssystem haben: Mehr als 35 Prozent der Kinder in der ARS haben einen besonderen Förderbedarf. Und das in einem Stadtteil mit besonderen Herausforderungen. 20 Prozent unserer Schüler*innen erhalten Transferleistungen, und auch der Anteil an Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund ist hoch. Viele Flüchtlingsfamilien haben in Weingarten ein neues Zuhause gefunden.

Mit welchen Schwierigkeiten siehst du insbesondere Schüler*innen aus Familien mit Migrationshintergrund bzw. mit Fluchterfahrung konfrontiert?

Die Fluchterfahrung merkt man den Schüler*innen oft an. Allerdings ist die Schule ein guter Ort der Integration. Die Kinder sind mit Gleichaltrigen zusammen, und gerade die Tatsache, dass Weingarten schon immer einen hohen Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund hat, erleichtert den Kindern aus Geflüchteten-Familien das Ankommen.

Eine große Hürde ist allerdings die Komplexität des deutschen Bildungssystems. Das fängt schon mit der Anmeldung für die KiTa an. Das digitale Melde-System in Freiburg ist textlastig und eben digital. Das führt dazu, dass Kinder aus schwierigem Umfeld es oft nicht in die KiTa schaffen. Die Arbeit der KiTas ist wertvoll und gerade für diese Kinder unverzichtbar. Die Grundschule ist einfach, weil sie verpflichtend ist und im Stadtteil liegt, aber das System der weiterführenden Schulen ist komplex: Es gibt zwar eine Vielfalt an Informationsangeboten, aber wenig Begleitung bei der Suche nach der richtigen Schule. Ohne häusliche Unterstützung ist für diese Kinder der Übergang doppelt schwer. Wer dann noch mehrsprachig aufwächst, muss sich seinen Zugang zu Bildung sehr mühsam erarbeiten.

Siehst du Verbesserungsbedarf bei der Sprachbildung?

Es bräuchte ganz niederschwellige Zugänge zur Sprachförderung – von der KiTa bis ins hohe Alter. Lernwillige müssen doch einen Sprachkurs dann bekommen, wenn sie ihn brauchen und wollen, und nicht erst, nachdem sie sich durch einen deutschen Antragsdschungel gekämpft haben.

Wie bewertest du mit Blick auf Bildungsgerechtigkeit in den Schulen die Landespolitik bzw. die Kommunalpolitik? Was fehlt?

Die Bildungsangebote in Baden-Württemberg werden nach dem Gießkannenprinzip ausgeschüttet. Das führt dazu, dass jede Schule die gleichen Ressourcen hat, egal wie hoch der Migrationsanteil oder die Förderbedarfsquote ist.

Ganz grundsätzlich müsste deutlich mehr in Bildung investiert werden. Notwendig wären Ganztagschulen und kleinere Klas-

sen bei Schüler*innen mit (Sprach-) Förderbedarf. Wir haben Klassen mit 80 % Migrationsanteil, aber für Dolmetscher*innen für die Elterngespräche gibt es keine Mittel vom Land. Zum Glück springt die Stadt Freiburg da ein. Die Stadt als Schulträgerin bemüht sich tatsächlich um eine Verteilung nach Bedarf, sie hat erkannt, wo man ansetzen muss. Das ist vielleicht so ein ganz kleines bisschen Solidarity City.

Die aktuelle Pandemie-Situation ist sicherlich eine Herausforderung. Was brauchen die Schüler*innen, was brauchen die Schulen?

Der Schulalltag ist für viele Kinder von großer Wichtigkeit. Nach den Schulschließungen waren sehr viele Kinder dankbar, dass sie wieder in die Schulen gehen konnten. Die Schule ist eine andere Lebenswelt als das Zuhause, zumal wenn ein Kind sich eine kleine Wohnung mit fünf Familienmitgliedern teilen muss. Es ist derzeit viel von Digitalisierung an Schulen die Rede, aber aus meiner Sicht brauchen die Kinder vor allem gezielte, individuelle Angebote, die sie stärken, die das Selbstbewusstsein und die soziale Interaktion fördern. Gute Gemeinschaft und die Rücksichtnahme untereinander ist wichtig. In der aktuellen Situation brauchen die Schulen vor allem Verlässlichkeit: Eine Notbetreuung zu organisieren ist überaus aufwändig, und angesichts der Erfahrung im Frühjahr hat niemand damit gerechnet, dass es wieder dazu kommt, sondern dass man allenfalls die Schulpflicht aufhebt. Ebenso hat niemand damit gerechnet, dass man statt Fernunterricht einfach Ferien ausruft. So treibt man Schulleiter in den Wahnsinn.

Das ist nur allzu verständlich. Nun noch eine letzte Frage: Es gibt ja die Forderung, in Weingarten eine weiterführende Schule einzurichten. Was hältst du davon?

Das, was wir als Grundschule vorleben, nämlich eine Schule für fast alle Kinder des Stadtteils zu sein, ist sehr wertvoll, und das Prinzip könnte ich mir gut für eine weiterführende Schule vor-

*Schule ohne Schulhaus: Kinder in Bolivien warten auf den Bau ihres Schulhauses, 1950;
Foto: unbekannt; UN Photo ★*



stellen. Aber unser Schulsystem beruht ja auf der freien Wahl der weiterführenden Schule. Würde man ein Gymnasium in Weingarten einrichten, so könnte diese Schule nicht von allen Kindern besucht werden. Alle anderen müssten dann doch wieder in andere Stadtteile fahren. Wenn überhaupt, käme für mich nur eine Gemeinschaftsschule in Frage. Wir haben unsere Kinder aber immer gut in weiterführenden Schulen untergebracht, und es ist für manche auch gut, sich aus Weingarten rauszubewegen. Auch dies ist im Sinne einer solidarischen Stadt.

Vielen Dank für das Interview, Johannes.

Adolf-Reichwein-Bildungshaus

Buggingerstr. 83, 79114 Freiburg

www.ars-fr.de

info@ars-fr.de



DEUTSCHKURSE IM RASTHAUS FREIBURG

Beschreibung des kostenlosen Bildungsangebotes:

Das Rasthaus ist ein unabhängiges, selbstveraltetes Projekt in Freiburg. Es wird von verschiedenen Gruppen der kommunalen Flüchtlingsbewegung getragen. Das Rasthaus ist eine solidarische Anlaufstelle für geflüchtete Menschen und ein Begegnungsort von Menschen mit und ohne Flucht- oder Migrationserfahrung. Nach Papieren wird nicht gefragt. Finanziell wird das Rasthaus durch regelmäßige Spenden zahlreicher Patinnen und Paten getragen.

Das Rasthaus ist:

- ein Ort der niedragschwelligen und kostenlosen Unterstützung: Deutschkurse, Rechtliche Beratung, Zugang zu medizinischer Versorgung
- ein verfolgungsfreier Raum für Menschen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus
- Planungsstätte antirassistischer Aktionen und Veranstaltungen

Das Rasthaus-Projekt ist eine Antwort auf die Abschottungspolitik Europas, die immer wieder neuen Asylrechtsverschärfungen, sowie der Ausgrenzung und Diskriminierung von Geflüchteten und Papierlosen und stellt sich gegen den gesellschaftlichen und politischen Rechtsruck. Einmal wöchentlich werden im Rasthaus kostenlose A1 und B1 Deutschkurse angeboten. Der Kurs ist kostenlos und anonym. Das Erlernen der Landessprache als Voraussetzung für den Zugang zur Gesellschaft, zu Arbeit und Rechten wird so auch Menschen ohne finanzielle Mittel ermöglicht. Aktuell finden die Kurse jeden Dienstag von 18:30-20:00 Uhr statt. Ab dem Frühjahr 2021 werden die Kurse voraussichtlich wieder zweimal wöchentlich stattfinden. Aktuelle Informationen hierzu auf unserer Facebook-Seite: „Rasthaus: Deutschkurse“.

Deutschkurse Rasthaus

Rasthaus, Adlerstr. 12, 79098 Freiburg

www.rasthaus-freiburg.org

deutschkurse@rasthaus-freiburg.org

More information on Facebook: „Rasthaus: Deutschkurse“

FREE LANGUAGE COURSES AT RASTHAUS FREIBURG

Deutschsprachkurs

Dienstag 18:30-20:00, Level A1 und B1

German language course

Tuesday 6:30-8:00 pm, level A1 and B1

Cours de langue allemande

Mardi 18h30-20h00, niveaux A1 et B1

Curso de la lengua alemán

Martes 18h30-20h00, niveles A1 y B1

دروس في اللغة الألمانية

الثلاثاء 20:00-18:30

مستوى A1 و B1



Sprachunterricht: Ein Englischkurs für Textilarbeiterinnen, organisiert von der US-Gewerkschaft I.L.G.W.U. (International Ladies Garment Workers' Union) in Juana Diaz, Puerto Rico, 1968; Foto: unbekannt; I.L.G.W.U. Photo Collection ★

MIT BILDUNG BRÜCKEN BAUEN

ERINNERUNGEN AUS DEM BILDUNGSZENTRUM DER JVA FREIBURG

Cecilia Frati

Zehn Jahre ist es her, seit ich meine Tätigkeit als Lehrerin in der Freiburger Justizvollzugsanstalt aufgegeben habe. Ich denke häufig und gerne an diese Zeit zurück: Zwanzig Jahre lang habe ich straffälligen Erwachsenen jeder Altersstufe Italienisch und Deutsch als Zweitsprache unterrichtet. Die Zielgruppe waren Menschen, für die Bildung bis dahin in der Regel kein wichtiges Thema gewesen war und die sich nun aber entschieden hatten, (wieder) die Schulbank zu drücken – mal aus Interesse, mal aus der Notwendigkeit heraus. Viele von ihnen erkannten in ihrer Teilnahme an einem Kurs die wichtige Chance, aus ihrer Haft eine konstruktive Zeit zu machen, die sie in ihrem Gefängnisalltag und gegebenenfalls auch in ihrem späteren Leben in Freiheit nutzen konnten. Und bei der Fülle von Eindrücken und Gefühlen, die bei mir hängen geblieben sind, erinnere ich mich zuallererst an die Dankbarkeit dieser Menschen. Mehr als in jeder anderen Bildungsstätte wird im Gefängnis Bildung offenbar als Privileg verstanden, obwohl sie eigentlich als unabdingbares Grundrecht eine Selbstverständlichkeit für alle Menschen sein sollte.

In den Jahren meiner Tätigkeit traf ich immer wieder den einen oder den anderen ehemaligen Schüler nach dessen Entlassung zufällig auf der Straße. Sie erzählten, wie wichtig die Schule für sie gewesen war. Kossi* aus Togo erzählte, er habe eine Arbeit gefunden, die er ohne Deutschkenntnisse nicht bekommen hätte. Hakob* aus Armenien hatte vor, in sein Heimatland zurückzukehren

und dort dank des von ihm erworbenen Titels Deutsch zu unterrichten. Patrick* aus Deutschland bedankte sich für die Italienisch-Stunden, der Unterricht sei eine wichtige Beschäftigung gewesen, die ihn vom frustrierenden Gefängnisalltag ablenken konnte. Mario* aus Italien hatte noch eine Passage aus Brechts „Lob des Lernens“ in Erinnerung, die wir im Unterricht behandelt hatten, und trug sie stolz vor: „Lerne, Mann im Asyl! Lerne, Mann im Gefängnis!“. Ich freute mich sehr über die Tatsache, dass dieser junge Mann sich noch an diese Zeilen erinnerte. Und dabei fielen mir die Verse ein, die auf diese folgten: „Lege den Finger auf jeden Posten[...] Du musst die Führung übernehmen.“ Das war der Sinn der Sache: Bei einem Teil der Menschen, denen ich im Gefängnis begegnet war, war die Inhaftierung fast wie ein unabwendbares Schicksal gewesen. Sie, die Unterprivilegierten ohne ausreichende Grundausbildung, sie, die Marginalisierten und Ausgeschlossenen, sie, die Entrechteten aus dem Süden der Welt, hatten es nicht alleine vermessen, ihnen war die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben genommen worden, ein Leben, in dem sie frei gewesen wären zu wählen – zwischen einer fair bezahlten Arbeit und einer Fahrt in einem LKW mit Doppelboden. Denn oft waren es der Mangel an Qualifikation, die Arbeitslosigkeit oder die miserablen Arbeitsbedingungen, die sie zwangen, auf illegale Weise aufzustocken.

Nachdem ich gegangen war, hörte ich von einigen allgemeinen Veränderungen im Bildungsangebot der JVA. Der

Schulleiter, der in den Jahrzehnten seiner Tätigkeit mit viel Idealismus und Elan das Angebot des Bildungszentrums ausgebaut hatte, war in Rente gegangen. Unter der neuen Leitung mussten für die Kurse, in denen ich unterrichtet hatte, auf Grund von Trägerwechseln Honorarkürzungen beschlossen werden und das bereits knappe Honorar, das uns Lehrer*innen in den DaZ-Kursen** gezahlt wurde, wurde gesenkt. Mein Eindruck war, dass der Wechsel nicht nur formell stattgefunden hatte, sondern inhaltlich und dass es einen Richtungswechsel gegeben hatte. In welchem Maße sich inzwischen das Bildungsangebot in der JVA Freiburg verändert hat, kann ich heute nicht sagen. Aber ich bleibe von der Notwendigkeit dieser Maßnahmen überzeugt, die einen großen Mehrwert für die Betroffenen und die Gesellschaft im Allgemeinen bringen und die es verdienen, dass Geld und Energie in sie investiert werden: Denn das Bildungszentrum der JVA Freiburg ist ein emanzipierender Ort. Es ist eine Stätte, die den Justizvollzug erträglicher macht, denn sie schafft Räume der Menschlichkeit und Hoffnung auf ein besseres Leben.

Durch den regelmäßigen Kontakt zu meinen Schülern habe ich selbst in dieser Zeit sehr viel gelernt: Durch sie wurden mir neue Lebenswelten erschlossen, die mir bis dahin völlig unbekannt waren. Ich habe gelernt, ihre Komplexität und ihre Hintergründe zu verstehen, Empathie und Flexibilität zu entwickeln, und das in einer Struktur, die alles andere ist als flexibel.

So war dieser Ort auch für mich eine Schule und das ständige Lernen dort hat mir Freude bereitet. Neben einigen traurigen, unangenehmen und auch frustrierenden Erlebnissen, die ich dort hatte, bleiben bei mir zahlreiche gute Erinnerungen wach: an die Erfolge meiner Schüler, an besonders konstruktive Gespräche, an die interessanten Lebensgeschichten, an die vielen lustigen Situationen, aber vor allem – wie schon geschrieben – an die Dankbarkeit dieser Menschen, für die ich wiederum selbst sehr dankbar bin.

*Name geändert

** Deutsch als Zweitsprache

Foto: Solidarity City – Ausschnitt aus der Fotoausstellung „Strafraum – Absitzen in Freiburg“, die noch bis Juli 2021 zu sehen ist – www.strafram-freiburg.de



CHANCENGLEICHHEIT BEIM ZUGANG ZU BILDUNG?

HARTZ-IV-BILDUNGSBUDGET FÜR KINDER SIEHT DURCHSCHNITTlich 1,27 EURO IM MONAT VOR.

friga

Im diesem Herbst mobilisierte das Bündnis „Auf Recht bestehen“ zusammen mit Erwerbslosengruppen für bundesweite Aktionstage am 30. und 31. Oktober unter dem Motto „Ein besseres Leben für alle statt wachsender Armut und Ausgrenzung!“^{*1} Hintergrund war die vom Bundestag beschlossene und vom Bundesrat durchgewunkene Fortschreibung der Regelbedarfe bei Grundsicherungsleistungen und die Tatsache, dass es für Bezieher*innen von Alg II und Sozialhilfe keinen Ausgleich für den durch die Pandemie verursachten Wegfall von Minijobs und für höheren Kosten von Lebensmitteln und Hygieneartikeln geben soll. Die Bündnispartner forderten die Erhöhung der Regelbedarfe auf mindestens 600 Euro und einen Corona-Zuschlag von 100 Euro zusätzlich und ab sofort.

Bei Grundsicherungsleistungen, die die menschenwürdige Existenz absichern und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen sollen, steht vor allem die Ermittlung des dafür notwendigen Betrags in der Kritik. Er wird aus dem Einkaufsverhalten der unteren 15% der befragten Einkommensbezieher*innen abgeleitet, ohne dass dabei Aufstocker*innen und diejenigen, die lieber keinen Antrag stellen, herausgenommen werden. Hinzu kommen Streichungen von Ausgaben, die der Gesetzgeber als nicht notwendig erachtet. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, erklärte in einer Stellungnahme: „[...] Allein wenn die Bundesregierung das von ihr selbst gewählte Statistikmodell konsequent und methodisch sauber anwenden würde, müsste der Regelsatz nicht bei 439^{*2} Euro, sondern bei über 600 Euro liegen.“^{*3}

Jedes siebte Kind in Deutschland lebt aktuell in einem Haushalt, der auf ALG II angewiesen ist. Rund 90 % der Hartz IV Haushalte mit Kindern ist seit mindestens einem Jahr im Hilfebezug, die Hälfte davon länger als vier Jahre. Laut einer Faktensammlung des IAB^{*4} müssen viele dieser Haushalte mit beengten Wohnsituationen zurechtkommen: Kinder haben kein eigenes Zimmer bzw. keinen Platz, um in Ruhe Hausaufgaben zu machen. Ein internetfähiger Computer gehört zwar zur Grundausstattung, in jedem vierten Hartz IV Haushalt jedoch fehlt er. Ins öffentliche Bewusstsein gelangte dieser Mangel erst im Zuge der Schulschließungen während des Corona-Lockdown, als Schüler*innen online mit Lerninhalten und Aufgaben versorgt wurden. Die Übernahme der Anschaffungskosten durch das Amt konnte oft nur mit Hilfe der Sozialgerichte durchgesetzt werden.^{*5}

„Die Corona-Krise darf keine Bildungskrise werden.“ So kommentiert das Bundesministerium für Bildung und Forschung das ‚Sofortprogramm Endgeräte‘ vom Sommer dieses Jahres.^{*6} Das darin bereitgestellte Geld (vorgesehen sind 150 Euro pro Laptop) geht aber nicht direkt an die bedürftigen Haushalte. Die Beschaffung initiieren müssen die Schulen mit einem Konzept, mit dem die Kommunen ein europaweites Ausschreibungsverfahren

in die Wege leiten müssen. Die auf diese Weise sicher schnell bereitgestellten mobilen Rechner sollen dann an Schüler*innen nach nicht näher definierten Maßstäben ausgeliehen werden. Nicht berücksichtigt ist, dass Lehrer*innen (?) zusätzliche Zeit aufbringen müssen, um die Geräte betriebsbereit einzurichten und zu warten; nicht berücksichtigt sind die Kosten für einen entsprechenden Internetanschluss zuhause.

Die Regelbedarfe sollen Aufwendungen für Nahrung, Kleidung, Gesundheits- und Hygieneartikel, Mobilität, auch Strom und Hausrat sowie weitere Waren und Dienstleistungen abdecken. Der Gesetzgeber geht davon aus, dass ein interner Ausgleich möglich sei: Um eine größere Rechnung in einem Bereich begleichen zu können, müsse und könne in einem anderen „gespart“ werden. Im Regelbedarf sind auch Kosten für Bildung vorgesehen: 2021 sind sie für 0 – 6 Jährige mit 1,53 €, für 6 – 14 Jährige mit 1,60 €, für 14 – 18 Jährige mit 0,66 Cent und für im Elternhaus lebende Volljährige bis 25 mit 1,29 € beziffert. Wohl gemerkt – im Monat! Aus dem Bildungs- und Teilhabepaket erhalten Schüler*innen weitere 150 € jährlich für die persönliche Schulausstattung.

Mit dem Bildungs- und Teilhabepaket von 2011 und dem Starke-Familien-Gesetz von 2019, die sich auf Freizeitaktivitäten konzentrieren, versuchte die Bundesregierung nachzubessern. Bei der Ausstattung für den Schulbesuch und das Lernen sieht sie offenbar keinen Nachholbedarf. Angesichts dieses Flickenteppichs von Leistungen, die nur zögerlich bewilligt werden und an den Bedarfen der Schüler*innen oder Angeboten vor Ort vorbei gehen, diskutieren Erwerbsloseninitiativen mit der Idee der Kindergrundsicherung, vorgeschlagen etwa vom DGB Bundesvorstand^{*7}, dem Paritätischen Gesamtverband Deutschland^{viii} und anderen.

Die Kindergrundsicherung stellt eine Bündelung aller bisherigen Geldleistungen an Kinder dar, die automatisch zu zahlen oder leicht zu beantragen sein soll. Beim Auszahlungsbetrag würde die monetäre Situation der Familie eine Rolle spielen: Er fiel umso kleiner aus, je höher das elterliche Einkommen ist. Voraussetzung aber ist, dass das soziokulturelle Existenzminimum von Kindern neu ermittelt und nicht aus dem der Erwachsenen abgeleitet wird. Erwerbslose fordern u.a., Kinder gänzlich aus dem Hartz IV-System herauszunehmen, um deren eigene Ansprüche auf ein gutes Auskommen, ggf. finanzielle Unterstützung und den Zugang zu Bildung zu unterstreichen. Das könnte ein erster Schritt in Richtung Chancengleichheit aller Kinder sein

friga - Freiburger Initiative gegen Arbeitslosigkeit e.V.

Habsburgerstr. 9, 79104 Freiburg

www.friga-freiburg.de

^{*1} Mehr Infos zu den Aktionstagen auf der Seite der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen KOS: www.erwerbslos.de/

^{*2} Regelbedarf Alleinlebende; erster Vorschlag lt. Referentenentwurf, beschlossen wurde eine Erhöhung auf 446 Euro.

^{*3} www.der-paritaetische.de/fachinfo/paritaetische-stellungnahme-zum-entwurf-eines-regelbedarfsermittlungsgesetzes-2021/

^{*4} Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, www.iab.de/

A-Info Nr. 199, Oktober 2020, www.erwerbslos.de/a-info

^{*5} www.digitalpaktschule.de/de/corona-hilfe-ii-sofortprogramm-endgeraete-1762.php

^{*6} www.dgb.de/search?search_text=Kindergrundsicherung

^{*7} www.paritaet-bw.de/was-ist-kindergrundsicherung